

Haushaltsrede 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Institut der Deutschen Wirtschaft hat jüngst einen Kurzbericht über die ökonomischen Krisen seit dem Jahr 2020 veröffentlicht: 2020 die Corona-Pandemie mit ihren Lock-Downs, 2022 der russische Überfall auf die Ukraine samt Energiepreisschock und historischer Inflationsrate und nun seit 2024 die Auswirkungen der Trump'schen Zollpolitik auf die Weltwirtschaft. Das Ergebnis für die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2020 bis 2025: ein wirtschaftlicher Leistungsausfall in Höhe von etwa 1 Billion Euro und eine gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 2025, welche das Niveau von 2019 kaum übertrifft. Dies trifft auch die Städte und Gemeinden, unter anderem in Form von Ausfällen bei Einkommenssteueranteilen, Umsatzsteueranteilen oder auch beim Gewerbesteueraufkommen.

Gleichzeitig haben die Gesetzgeber in Bund und Land jedoch zahlreiche neue Pflichtaufgaben und Sonderprojekte für die Kommunen erfunden. Denken Sie nur an den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen, an die verpflichtende Ferienbetreuung, an die Grundsteuerreform oder erhebliche Änderungen im Umsatzsteuerrecht, an die Kommunale Wärmeplanung, an das Online-Zugangsgesetz, an die Kommunale Biotop-Verbundplanung – ich könnte noch viel mehr auflisten.

Alles Dinge, die man für politisch wünschenswert halten kann, die aber eben nicht im Sinne des Konnexitätsprinzips durch auskömmlich erhöhte Zuweisungen an die Kommunen durchfinanziert sind.

Der Forderungskatalog des Städtetags Baden-Württemberg zur bevorstehenden Landtagswahl bringt es auf den Punkt: „Kommunen tragen mehr als ein Viertel aller öffentlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen – und diese Schieflage verschärft sich jedes Jahr. 2024 mussten Städte und Gemeinden ein historisches Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro verkraften – das höchste seit 1990: Die Ausgaben stiegen deutlich stärker als die Einnahmen.“

Meine Damen und Herren, die genannten Krisen seit dem Jahr 2020 haben zu einer Lohn-Preis-Spirale geführt, wie sie Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr erlebt hat. Die Preise stiegen, die Tarifabschlüsse stiegen infolgedessen und dadurch dann wieder die Preise. Wir spüren dies in unserem gesamten städtischen Haushalt, keineswegs nur beim eigenen Personal. Schauen Sie sich an, wie die Preise der Gebäudereinigung sich verteuert haben, wie sich die Zuweisungen an die Kindergarten-Träger verteuert haben, oder wie sich externe Sachverständigen- und Gutachter-Leistungen verteuert haben.

Aus gegebenem Anlass haben wir in den Haushaltsberatungen in diesem Jahr viel über Personalkosten diskutiert. Zu Buche geschlagen haben in der jüngeren Vergangenheit vor allem hohe Tarifabschlüsse, aber auch Stellenneubewertungen, die zu höheren Eingruppierungen geführt haben. Stellenbewertungen sind jedoch keine Erfindung der Stadt Lauda-Königshofen, sondern aus § 12 des Tarifvertrags TvöD-VKA ergibt sich ein Anspruch der Beschäftigten auf aktuelle Stellenbewertungen. Insofern sind auch Höhergruppierungen tariflich bedingte Steigerungen. Und auch die Gemeindeprüfungsanstalt fordert sie regelmäßig ein.

Natürlich gab es in den zurückliegenden Jahren auch Stellenmehrungen – im Wesentlichen bei der Schulkindbetreuung, bei der Schulkind-Verpflegung durch die Übernahme der früher vereinsgeführten Schulcafeteria durch die Stadt und bei EDV und Digitalisierung. Meine Damen und Herren, das sind keine Bereiche, in denen überflüssige Luxus-Aufgaben erledigt werden. Die reflexartige Antwort, dann müsse man eben an andere Stelle Personal einsparen, sagt sich leicht. Aber genau das ist der Punkt, den ich heute herausheben möchte: **Der Gemeinderat sollte anfangen, über Dienstleistungen oder Verwaltungsprodukte zu reden, die er kürzen oder streichen will. Einfach nur abstrakt einen Stellenabbau von X Prozent zu fordern, ist unausgegoren.**

Die Rollenverteilung, wonach der Gemeinderat sich eine Stellenreduktion von X Prozent wünscht, die Verwaltung konkrete Vorschläge erarbeiten soll und der Gemeinderat diese dann wieder großzügig einkassieren darf, weil man den Bürgerinnen und Bürgern nicht den Wegfall bestimmter Angebote und Dienstleistungen zumuten möchte, wird nicht funktionieren. Die Frage, auf welchen Service wir in der Stadtverwaltung verzichten sollen, müssen wir alle schon gemeinsam beantworten. Und ich denke, dies werden wir auch im laufenden Jahr angehen müssen. **Denn es ist absehbar, dass uns die Rechtsaufsichtsbehörde angesichts eines veranschlagten Ergebnisses in Höhe von -3,74 Millionen Euro und eines Zahlungsmittelbedarfs in Höhe von 81.000 Euro im Ergebnishaushalt zu einem Konsolidierungspaket auffordern wird.**

Es verhält sich jedoch keineswegs so, dass jede Stellenkürzung in der Stadtverwaltung zwangsläufig zu tatsächlichen Einsparungen führt. Natürlich könnten wir im Bauamt Stellen abbauen und verschiedene Planungsleistungen extern an Büros vergeben. Planungsbüros rechnen aber nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen ab. Kurzum: Die Planungsleistungen werden dann zwei- bis dreimal so teuer. Natürlich können wir jede kleine steuerrechtliche Fragestellung zur Prüfung an eine Steuerkanzlei weiterreichen, anstatt eigene Expertise in der Kämmerei vorzuhalten.

Billiger wird dies in der Gesamtschau aber nicht. Wir werden also schon sehr genau schauen müssen, wo künftiger Personalabbau wirklich Sinn ergibt.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes lag der Anteil der Personalauszahlungen an den Gesamtauszahlungen der Kommunen in Baden-Württemberg im Jahr 2022 im Übrigen bei durchschnittlich 23,3 Prozent. Die Kommunen wenden also im Schnitt ein gutes Fünftel bis knappes Viertel ihres Haushalts für Personal auf. Freilich hängt das an vielen Faktoren: Es gibt kleine Kommunen und große Kommunen und vor allem gibt es Kommunen, die mehr oder auch weniger Dienstleistungen fremdvergeben, etwa beim Betrieb von Kindertagesstätten. Aber klar wird: Lauda-Königshofen ist mit nun etwa 21 Prozent Personalaufwendungen keineswegs ein Ausreißer. Das heißt nicht, dass wir nichts ändern müssen, aber ich warne vor überzogenen Erwartungen, beim Personal ließe sich kurzfristig massiv sparen.

Ich will mit Ihnen aber nicht nur über Kürzungen sprechen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe im Jahr 2020 eine Stadtverwaltung übernommen, die eine sehr untypische Verwaltungsgliederung aufweist. Sie umfasst vier Fachbereiche und eine „Stabsstelle“ genannte Organisationseinheit, die dem Umfang her eigentlich auch ein kleiner Fachbereich ist. Zudem haben wir eine Verwaltung mit recht kleinteiligen Sachgebieten.

Ich möchte in diesem Jahr eine Organisationsuntersuchung der GPA für die 76 Stellen der Kernverwaltung auf den Weg bringen. Hierfür sind in den vorliegenden Haushaltsentwurf 50.000 Euro eingestellt.

Diese Untersuchung wird eine Ermittlung des tatsächlichen Personalbedarfs umfassen, eine Analyse der Geschäftsprozesse, Mitarbeiterinterviews und eine Betrachtung der Aufbauordnung samt Geschäftsverteilung. Die Organisationshoheit über die Stadtverwaltung liegt gemäß § 44 Abs. 1 der Gemeindeordnung in meiner Zuständigkeit als Bürgermeister. Mir ist aber natürlich bewusst, dass die Verwaltungsgliederung sich mittelbar auf den Stellenplan auswirkt, über den der Gemeinderat entscheidet. Dementsprechend werde ich die Fraktionsspitzen über die geplante Vorgehensweise informieren und denke auch, dass es Sinn ergibt und fair ist, die Ergebnisse des Untersuchungsprozesses am Ende dem Gemeinderat im Rahmen einer Klausurtagung vorzustellen. Ziel muss eine schrittweise Anpassung der Organisationsstruktur sein, eine Strukturänderung im Hau-Ruck-Verfahren lähmt eine Verwaltung zu sehr.

Kommen wir nach diesem längeren Exkurs zu Personal und Verwaltungsorganisation nun zur Frage, wo die Schwerpunkte des Haushaltsjahres 2026 liegen sollen. Das Investitionsprogramm fällt im Jahr 2026 mit 5,248 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2027 in Höhe von 2,730 Millionen Euro niedrig aus. Dies liegt erstens daran, dass uns seitens der Rechtsaufsicht abermals keine Netto-Neuverschuldung genehmigt werden wird. Das heißt, Darlehensaufnahmen sind nur in der Höhe unserer Tilgungsleistung von etwa 1,46 Millionen Euro zulässig. **Zweitens ist und bleibt es unser Ziel, 2027 den Erweiterungsbau der Realschule zu beginnen. Daraufhin ist die ganze Mittelfristige Finanzplanung ausgerichtet. Und dies wird auch dazu führen, dass das Investitionsvolumen in den Folgejahren mutmaßlich wieder deutlich ansteigen wird.**

Zwei Entwicklungen lassen uns nun hoffen, dass wir dieses Mega-Projekt Realschul-Erweiterung über insgesamt etwa 18 Millionen Euro tatsächlich werden stemmen können. Dies sind erstens die der Stadt Lauda-Königshofen zugewiesenen Mittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz in Höhe von 8,62 Millionen Euro, die uns für Investitionen als Eigenmittel zur Verfügung stehen und die wir nach Bedarf abrufen können.

Und uns hilft nun zweitens auch die Novellierung der Schulbauförderung, die vom Land sowohl hinsichtlich der Regelförderung als auch bezüglich des Zuschlags für auswärtige Schülerinnen und Schüler spürbar erhöht wird. Wir hoffen zudem auf eine Abrundung dieser Fördersituation durch einen Zuschuss vom Ausgleichstock.

In diesem Jahr 2026 sind noch 200.000 Euro für Planungskosten eingestellt. Neben diesen Planungen müssen wir mehr Tiefenschärfe in die genannten Förderquellen bekommen und die entsprechenden Anträge einreichen, um dann im Jahr 2027 in die Vergabe der Generalunternehmerleistung gehen zu können. Wenn uns dies gelingt, wird dieses Vorhaben die Investitionstätigkeit der Stadt Lauda-Königshofen in den verbleibenden Jahren dieses Jahrzehnts maßgeblich bestimmen.

Aber auch an den übrigen Schulen dürfen wir nicht untätig bleiben. Für Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen am Gymnasium sind 2026 daher investiv 142.000 Euro eingestellt. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir mit jeder Brandschutzmaßnahme auch immer versuchen, energetische Sanierungseffekte mitzurealisieren. Eingestellt für Brandschutzmaßnahmen an der Gemeinschaftsschule sind 30.000 Euro. Neben kleineren Maßnahmen am SBBZ legen wir in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf Maßnahmen am Außengelände des Schulzentrums.

Hierfür sind konsumtiv 330.000 Euro eingestellt und zudem nochmals 47.000 Euro für moderne Fahrradstellplätze.

Die Turmbergschule in Königshofen wird sowohl infolge des durch den Kindergartenneubaus veränderten Außenbereichs als auch aufgrund diverser Sanierungsbedarfe ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2026. Für die Gestaltung des Schulhofs sind investiv im Jahr 2026 175.000 Euro eingestellt und auch eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 Euro für das Jahr 2027. Weitere 45.000 Euro sind für den Brandschutz eingestellt und 81.000 Euro konsumtiv für diverse Sanierungsmaßnahmen wie die Sanierung der Toiletten oder auch den erforderlichen Tausch von Fenstern.

Auch mit unseren beiden städtebaulichen Sanierungsgebieten kommen wir voran. Im Sanierungsgebiet Eisenbahnvorstadt / Hexenstock in Königshofen treiben wir die Straßen- und Kanalsanierungen voran – und sind guter Dinge, sehr bald eine private Nachnutzung für das Bahnhofsgebäude ermöglichen zu können. Für das Bahngelände Lauda sind knapp 450.000 Euro im Jahr 2026 sowie 200.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung für 2027 eingestellt. Hier wollen wir vor allem die Flächen neben dem Pendlerparkplatz mit einer Zufahrt erschließen, um sie nun zum nahenden Ende des Sanierungsgebietes auch sinnvoll veräußern zu können.

Und die Tauberstraße als Haupteinkaufsstraße von Lauda-Königshofen soll durch Mittelinseln fußgängerfreundlicher werden.

Die Fußgängersicherheit beschäftigt uns auch außerhalb der Sanierungsgebiete. Für die Einrichtung eines sicheren Fußgängerüberwegs an der Marienkirche über die Bahnhofstraße in Richtung Einkaufsmärkte sind 55.000 Euro vorgesehen – und nein, liebe Facebook-Kommentatoren, nicht die weißen Streifen auf der Fahrbahn kosten so viel Geld, sondern die gerade und barrierefreie Zuwegung samt Beleuchtung und taktilem Leitsystem für beeinträchtigte Bürgerinnen und Bürger.

Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung ist uns ein wichtiges Anliegen. Die sukzessive Umstellung auf LED senkt den Stromverbrauch massiv und verringert laufende Kosten. Daher sind 2026 wieder 250.000 Euro investiv eingestellt und weitere 100.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung für 2027. Entsprechend den Planungen der Netze BW wird der Schwerpunkt in nächster Zeit auf der Achse Marbach-Hofstetten-Messelhausen liegen.

Gerlachsheim soll endlich neue Bauplätze im Gebiet Untere Rot erhalten. Hierfür sind 2026 Planungsmittel eingestellt und für 2027 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 68.000 Euro für den Kanal und in Höhe von 180.000 Euro für die übrige Erschließung.

Auch die Realisierung der lang ersehnten Radwegeverbindung zwischen Heckfeld und Dittwar rückt näher. 2026 sind nochmals 50.000 Euro für die verbleibende Planung eingestellt und für 2027 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 950.000 Euro, wobei uns diese Baukosten vom Land vollumfänglich erstattet werden.

Für die städtischen Spielplätze sind investiv 130.000 Euro eingestellt. Die Turnhalle in Oberlauda benötigt unter anderem eine neue Heizung – ein Problem, das uns in den kommenden Jahren in vielen Gebäuden beschäftigen wird – daher sind 110.000 Euro eingestellt. Auch in der Tauber-Franken-Halle müssen wir mit Sanierungsbedarfen weiter vorankommen. Neben einem Rest an Brandschutzmaßnahmen, die investive Kosten in Höhe von etwa 50.000 Euro verursachen, soll unter anderem die Modernisierung der in die Jahre gekommenen und energetisch katastrophalen Fensterfronten angegangen werden. Hierfür sind insgesamt 135.000 Euro konsumtiv vorgesehen.

Bezüglich des mit 350.000 Euro scheinbar deutlich gekürzten Ansatzes für den Erwerb von Grundstücken verweise ich auf die im Jahr 2026 schon 285.000 Euro umfassende laufende Nummer 122 des Investitionsprogrammes: Denn Grunderwerb betreiben wir aktuell nicht nur als Stadt, sondern auch in großem Stil als Teil des Zweckverbandes Industriepark ob der Tauber. Von der geplanten Erweiterung des Industrieparks werden sowohl Grünsfeld als auch Lauda-Königshofen hinsichtlich der Steuerkraft profitieren.

Meine Damen und Herren,

natürlich würden wir alle gerne mehr investieren. Die Kälte der zurückliegenden Wochen hat aufgezeigt, dass es doch einige Straßenzüge gibt, die eine grundhafte Sanierung samt Kanalerneuerung gut vertragen könnten. Das ist aber im Moment finanziell nicht drin. Und das ist nicht meine persönliche Auffassung, sondern mit der aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung würden wir im Jahr 2028 unsere Liquidität bzw. die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vollends aufgezehrt haben. Ich glaube nicht, dass dies so kommen wird. Nicht nur weil ich inzwischen, wie schon dargestellt, von einer deutlich verbesserten Schulbauförderung ausgehe, sondern weil wir auch unterjährig daran arbeiten werden, Kosten zu senken und Erträge zu steigern. **Auf eine Änderung des Gewerbesteuerhebesatzes haben wir bewusst verzichtet, um die örtlichen Unternehmen in einer Krisenphase nicht zusätzlich zu belasten.**

Das Gewerbesteueraufkommen hat sich 2025 im Vergleich zum deutlichen Einbruch im Jahr 2024 ohnehin stabilisiert und wieder knapp 9,5 Millionen Euro erreicht. Ich hoffe, dass sich dieser Trend verstetigt und die gesamtwirtschaftliche Lage wieder in Schwung kommt.

Meine Damen und Herren, die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs 2026 hat nicht nur Freude gemacht. Krisenhaushalte und Mangelverwaltung tragen selten zur Erheiterung bei. Umso mehr bedanke ich mich für die Mitarbeit bei der gesamten Stadtverwaltung, insbesondere bei Herrn Haberkorn und dem Fachbereich 2, aber auch bei allen Budgetverantwortlichen in den übrigen Fachbereichen und in der Stabsstelle, die diesmal schmerzhaft Kürzungen mittragen mussten. Ich danke dem Gemeinderat, den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern sowie den Schulleitungen für die gemeinsamen Beratungen dieses Haushaltsentwurfs unter schwierigen Rahmenbedingungen.

Ich danke zudem den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen, welche mit ihrer Arbeit die Mittel erwirtschaften, die für den laufenden Betrieb einer Kommune erforderlich sind. Und ich bedanke mich auch bei den vielen ehrenamtlichen Kräften in unserer Stadt, ohne die ein Großteil des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Sicherheit nicht aufrechtzuerhalten wäre. Vielen Dank!